Nr. 187
A 95

Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 20. April 1928
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Neun Länder gegen Keudell

Das Verbot der „Roten Frontkämpfer"

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Oldenburg**, 19. April

Die oldenburgische Staatsregierung nahm zu dem Ersuchen der Reichsregierung Stellung, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Sie beschloß, dem Ersuchen nicht stattzugeben, und hat telegraphisch den Staatsgerichtshof angerufen, der die endgültige Entscheidung treffen soll. Nach Ansicht der oldenburgischen Regierung fehlen die Voraussetzungen.

✱

Preußen, Braunschweig, Anhalt, Hamburg, Hessen, Lübeck, Baden, Sachsen! Oldenburg ist die neunte Staatsregierung, die beim Staatsgerichtshof gegen Keudell protestiert.

Die Roten Frontkämpfer demonstrieren

Gegen das Keudellsche Verbot

Die Kommunisten haben, wie erwartet, die ihnen vom deutschnationalen Reichsinnenminister v. Keudell gegebene Propagandamöglichkeit weitgehend ausgenutzt und gestern abend eine große Demonstration im Berliner Luftgarten gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes veranstaltet. Wenn Herr v. Keudell der durch innere Streitigkeiten zerrissenen und lahmgelegten kommunistischen Bewegung neues Zusammengehörigkeitsgefühl geben wollte, so hat er sein Ziel erreicht: Seit langer Zeit hat man in Berlin keine so große Kommunistendemonstration mehr gesehen, und Angehörige sämtlicher kommunistischen Richtungen, Parteien und Bünde von den Maslowisten bis zu den „Offiziellen" waren in großer Zahl vertreten. Sprechchöre, Plakate und Reden boten das Uebliche, durch einige aktuelle Varianten ergänzt. Anmarsch, Demonstration und Abmarsch vollzogen sich, trotz unverkennbarer Erregung, ohne Zwischenfall, da die Kommunisten klug genug waren, dem Reichsinnenminister nicht in letzter Minute noch wirkliches Material zur nachträglichen Begründung seines Verbotes zukommen zu lassen. Die Polizei befolgte die bei der Sacco Vanzetti-Demonstration mit Erfolg erprobte Taktik, indem sie sich möglichst wenig sehen ließ und die Züge ohne Abklimmen auf schnellstem Wege in ihre Stadtteile zurückfluten ließ.

Sie wissen es schon heute

Vorurteil statt Richterspruches

Die Deutschnationale Parlamentskorrespondenz weiß schon heute, wie der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in der causa Keudell contra Länder wegen des Verbotes des Rotfront-Bundes urteilen wird. Wohl noch nie hat ein publizistisches Organ so hemmungslos in ein schwebendes Verfahren eingegriffen und, statt den Richterspruch abzuwarten, sein eigenes Vor-Urteil zum besten gegeben. Die Korrespondenz schreibt:

„Da der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, der heute ein Senat des Reichsgerichts ist, die vom Reichsministerium des Innern gegebene Begründung sicher sich zu eigen machen wird, so kann durch die preußische Ablehnung der Rotfrontkämpferbund kaum von seinem verdienten Schicksal errettet werden."

Die politische Zweckmäßigkeit des Keudellschen Schrittes für die Partei des Reichsinnenministers soll nicht bezweifelt werden, und so ist der Eifer erklärlich. Daß für die Allgemeinheit Keudells Schritt ein „Streich" ist, betont der „Jungdeutsche". Es heißt dort:

„Man faßt sich an den Kopf, was dieser Streich kurz vor der Wahl bedeuten soll. Will Herr von Keudell am Schlusse der in Mißerfolgen reichlich Regierungskoalition noch dem Grundsatz erhärten, daß man den politischen Gegner mit dem Polizeiknüppel totschlägt? Will er die längst überwundene Zeit verfassungswidriger Aufhebung der Vereinigungsfreiheit mit Polizeigewalt noch einmal heraufbeschwören, bloß um einmal eisern geschienen zu haben? Der Rote Frontkämpferbund selbst wird über diese Maßnahme lachen, denn er besitzt in der Kommunistischen Partei, mit der er beinahe gleichbedeutend ist, eine Firma, die ihm bereitwilligst und mit voller Wirksamkeit sofort einen Deckmantel reichen wird. Ja, der Rote Frontkämpferbund braucht sogar noch nicht einmal eine einzige organisatorische Aenderung zu vollziehen, um auch trotz des Keudellschen Verbots ruhig weiterzuleben. Eins aber ist sicher. Das, was Keudell angeblich beseitigen will, nämlich den handgreiflichen Terrorismus des Roten Frontkämpferbundes, das wird nur schlimmer. Es ist eine bekannte Tatsache, daß solche politischen Verbote nur aufreizen und radikalisieren."

Der „Jungdeutsche" sagt damit nur, was in den Bünden, die wissen, wie die Masse reagiert, allgemein empfunden wird. Ein besonnenes Organ der Rechten, wie es der „Jungdeutsche" ist, warnt deshalb vor der Radikalisierung durch Keudell.

Vor den französischen Wahlen

Von

Dr. Leo Stahl,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, 19. April

Am kommenden Sonntag wählt Frankreich seine neue Kammer. Der Wahlkampf hat seinen Höhepunkt erreicht. Die letzten Batterien sind aufgefahren, die letzten Minen gelegt, die am Morgen des Wahltages als letzte Ueberraschung für den Gegner zur Explosion gebracht werden sollen. In 612 Wahlkreisen stehen sich nicht weniger als 3730 Kandidaten gegenüber. In den 59 Wahlkreisen von Groß-Paris sind es sogar 900 Bewerber, die sich gegenseitig einen Kampf bis aufs Messer liefern. Aber es wäre falsch, aus der Rekordziffer der Kandidaten, die den Durchschnitt der früheren Jahre um etwa 1500 übertrifft, auf eine besondere Intensität des Wahlkampfes schließen zu wollen.

Die große Masse steht diesmal seinem Ausgang mit einer Indifferenz gegenüber, die, an der temperamentvollen Leidenschaftlichkeit gemessen, mit der 1924 der Wahlkampf ausgetragen wurde, in höchstem Grade frappierend ist, und die nicht wenig dazu beiträgt, die bereits in der Verschwommenheit der innerpolitischen Situation begründete Ungewißheit über das voraussichtliche Ergebnis noch zu erhöhen. Die Hauptursache dieser Gleichgültigkeit der Massen liegt wohl darin, daß nicht eine der großen politischen Parteien eine wirklich zugkräftige Parole in den Wahlkampf zu werfen vermocht hat. 1924 schlug man sich für große Ideen: hier Demokratie und sozialer Fortschritt, dort schwärzeste Reaktion; hier eine Politik des Friedens und der Versöhnung, dort engstirniger Nationalismus, der mit Bajonetten und Maschinengewehren die Zweiteilung der Welt in Sieger und Besiegte in alle Ewigkeit aufrechterhalten wollte. Damals lohnte es sich, zu kämpfen. Heute ist es die hohle Phraseologie längst verbrauchter Parteischablone, mit der man den Wähler vergeblich hinter dem Ofen hervorzulocken sucht.

Die Sozialisten sind innerlich gespalten. Sie haben lange Zeit geschwankt, ob sie sich mit den Kommunisten oder mit den bürgerlichen Linksparteien verbinden sollten, und schließlich den lokalen Organisationen die Entscheidung überlassen, die von Fall zu Fall nach rein taktisch-opportunistischen Gesichtspunkten fallen wird.

Die Radikale und Radikal-Soziale Partei ist zerrissener denn je. Sie wird nur noch durch Name, Tradition und die Gemeinsamkeit einer heute nicht mehr allzu aktuellen antiklerikalen Gesinnung zusammengehalten. In Wirklichkeit sind es drei oder vier durchaus heterogene Gruppen, die sich unter der gleichen Flagge dem Wähler präsentieren, in ihrer Einstellung zu den großen innerpolitischen Problemen aber sehr gründlich divergieren, und deren Programm so weit gefaßt ist, daß es Anhänger und Gegner des Ministeriums Poincaré und seiner Koalition unter den gleichen Hut zu bringen vermag.

Die Parteien der Mitte und der Rechten aber haben weder Programm noch Parole. Ihr Feldgeschrei ist die „nationale Einheit", die längst von einem Begriff zu einem leeren Schlagwort geworden ist, mit dem Effekt, daß in einzelnen Wahlkreisen drei, vier und mehr Kandidaten einander gegenüberstehen, von denen jeder den Anspruch erhebt, der alleinseligmachende Vertreter der von Poincaré geprägten Formel zu sein, und dem Gegner das Recht bestreitet, im Namen der gleichen „nationalen Einheit" zu sprechen. Das stärkste Argument, das die gemäßigte und die nichtgemäßigte Reaktion ins Feld zu führen hatte, ist die aus Tausenden von Maueranschlägen schreiende Beschwörung, daß ein Sieg der Linksparteien gleichbedeutend sei mit einer neuen Währungskatastrophe, da Poincaré, der den Franken gerettet habe, allein imstande sei, ihn endgültig zu stabilisieren. Die Wirkung dieser etwas lapidaren Formel ist von ihren Autoren maßlos überschätzt worden. Die Frage, ob legale Stabilisierung oder nicht, spielt im Wahlkampf keine Rolle. Für das breite Publikum ist der Franken, dessen Kurs seit anderthalb Jahren nicht um einen Centime mehr geschwankt hat, längst stabilisiert. Alles weitere ist technisches Detail, um das sich kein „Durchschnittsfranzose" mehr kümmert, geschweige denn passioniert.

In den Kreisen der Linksparteien wird die Wahlmüdigkeit noch verstärkt durch die bitteren Enttäuschungen, die der Ablauf der letzten Legislaturperiode bei der Wählerschaft hinterlassen hat. Die überschwänglichen Hoffnungen, die der Sieg der im Kartell vereinigten bürgerlichen und sozialistischen Linken geweckt hatte, sind in nichts zerronnen. Uneinigkeit, Unfähigkeit und der Mangel an Initiative, politischer Courage und Verantwortungsfreudigkeit haben die reiche Saat verdorren lassen, noch ehe sie Zeit gehabt hatte, der Verwirklichung entgegenzureifen. Das Fiasko von einem halben Dutzend Kartellregierungen hat dem in den Wahlen des 11. Mai 1924 so gründlich geschlagenen nationalen Block

Frankreichs Gegenvorschlag überreicht

Auf den amerikanischen Friedenspakt

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, 19. April

Der Paktvorschlag der französischen Regierung an die Großmächte ist, nachdem der Ministerrat heute morgen seine Entscheidung vertagt hatte, nunmehr dennoch heute abend abgesandt worden und wird morgen in London, Tokio, Berlin und Rom überreicht werden.

Der Ministerpräsident Poincaré hatte im Laufe des Tages eine längere Unterredung mit dem erkrankten Außenminister Briand, welche den Meinungsumschwung der Regierung zur Folge hatte. Wie gemeldet, umfaßt der Vorschlag lediglich drei bis vier Artikel, denen eine kurze Begleitnote angefügt ist. In der Note drückt die französische Regierung den Wunsch aus, daß der Pakt nicht nur von den Großmächten, sondern auch von den kleinen Mächten unterzeichnet werden solle. Sie erhebt ferner die bekannten Vorbehalte bezüglich des Rechtes der legitimen Verteidigung sowie der Pflichten der Unterzeichner gegenüber dem Völkerbund.

✱

Das seit längerer Zeit erwartete diplomatische Revirement wird heute abend bekanntgegeben. Der Gesandte in Wien, Chambrun, ist zum Botschafter in Angora ernannt. An seine Stelle tritt der Direktor des französischen Völkerbundbüros in Genf, Clauzel, der seinerseits durch den bisherigen Generalsekretär der Botschafterkonferenz, Massigli, ersetzt wird. Zum Gesandten in Budapest wurde der bisherige Gesandte in Kowno, Puaux, ernannt.

wbe **London**, 19. April

Ein Regierungsvertreter teilte im Unterhause mit, daß die englische Regierung und die Regierungen der Dominions dem Vorschlag Amerikas, den Krieg zu verbannen, die sorgfältigste und in entgegenkommendem Geiste gehaltene Erwägung zuteil werden ließen.

Chamberlains Holland-Urlaub zu Ende

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

h **Im Haag**, 19. April

Der englische Außenminister Chamberlain verläßt nach dem Besuch der Leydener Universität, der Harlemer Blumenfelder und der Blumenausstellung in Aalsmeer morgen mit seiner Familie Holland. Er begibt sich per Pullman-Car nach Brüssel. Heute mittag war er mit seiner Frau der Mittagsgast des holländischen Außenministers.

0216